Die neuen Selbständigen : soziale Deklassierung oder Neugestaltung der sozialen Sicherheit : garantiertes Mindesteinkommen in der SPS-Diskussion

Autor(en): **Zwicky, Heinrich**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **12 (1992)**

Heft 23

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651667

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Heinrich Zwicky

Die neuen Selbständigen

Soziale Deklassierung oder Neugestaltung der sozialen Sicherheit: Garantiertes Mindesteinkommen in der SPS-Diskussion

Für die Diskussion neuer Perspektiven in der Sozialpolitik spielt die Analyse der "neuen" Selbständigen eine zentrale Rolle(1). Von der soziologischen Schichtungs- und Klassentheorie jahrzehntelang vernachlässigt, stehen die Selbständigen heute sowohl in den postsozialistischen Staaten des Ostens als auch in den krisengeschüttelten des Westens auf dem Banner der gesellschaftlichen Modernisierung. Sie verkörpern gleichermassen den Trend hin zum "Individualismus", zur Flexibilisierung, zur verstärkten Autonomie am Arbeitsplatz und den unverrückbaren Glauben an die Wohltat des Marktes.

Mit dieser Entwicklung geht eine extreme Hochbewertung der "neuen" Unternehmer einher (vgl. Waine 1991), welche die Risiken des ökonomischen Draufgängertums überspielt und die Probleme sozialer Sicherung von selbständig Erwerbenden ausblendet. "Heute gibt es ein ganzes Ritual, das die Figùr des neuen Unternehmers umrankt: Artikel in Zeitungen und Zeitschriften, Radio- und Fernsehsendungen, Preisausschreiben, Erfolgsbiographien usw. Die neuen Helden sind die Erfinder von Apple und Swatch; es ist der Mythos vom genialen Bastler-Ingenieur, der zwar kein Geld hat, aber an sein Schicksal glaubt und Erfolg hat, der heute sozusagen aus einem Jungbrunnen steigt." (Lalive d'Epinay 1991, 151).

Keinen Platz in dieser von der Betriebsökonomie "wissenschaftlich" abgesicherten Erfolgsideologie haben diejenigen, die aus drohender Arbeitslosigkeit heraus oder als Folge von organisationsinternen Disziplinierungen selbständig wurden, und dann als in diesem Fall Selbständigerwerbender aus dem Netz der sozialen Sicherung fallen. In diesem Fall stellen die Selbständigerwerbenden eine Herausforderung für die traditionellen Sozialversicherungssysteme dar. Ich bin der Auffassung, dass nur solche Neuorientierungen in der Sozialpolitik eine Zukunft haben, denen es gelingt, auch die Selbständigen in die soziale Sicherung einzubeziehen.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass die soziale Situation der Selbständigen in der modernen Gesellschaft eine äusserst widersprüchliche ist. Je nach Fragestellung und Betrachtungsbeispielen schwankt man in den Analysen zwischen einer "vollständig neuen" oder einer "völlig unveränderten" Situation der selbständig Erwerbenden. Ähnlich unsicher ist man bei der Frage, ob Selbständige als besonders "privilegiert" oder als besonders "benachteiligt" einzustufen sind. In ebenso kontroverser Weise werden die Selbständigen auf der idologischen Ebene eingestuft: Verkörpern sie auf dem Hintergrund des Wertwandels und nach Selbstverwirklichungsidealen einen sozialpolitischen Fortschritt, oder verharren sie in einer antimodernistischen Position, wie sie beispielsweise vom Gewerbeverband vertreten wird?

Diese Schwankungen in der Einschätzung zeigen, dass die Selbständigen

heute genauso wenig als eine homogene Kategorie zu beschreiben sind wie die Arbeitnehmer. Nur hat sich die sozialwissenschaftliche ebenso wie die öffentliche Diskussion bis heute sehr viel intensiver mit der gesellschaftlichen Situation der abhängig Beschäftigten befasst als mit jener der Selbständigen. Während der "neue" Arbeiter bereits zu Beginn der 70er Jahre Thema einer Vielzahl von sozialwissenschaftlichen Publikationen war (vgl. Hörning 1971), beginnt man sich bei den Selbständigen erst in letzter Zeit wieder mit ihrer veränderten gesellschaftlichen Lage sowie mit der Ungleichheit *innerhalb* der Selbständigen zu befassen(2).

Die Selbständigen in der Klassenstruktur

Die Kategorie der "Selbständigen" wird in der Regel – quasi negativ – als die Gruppe der Erwerbstätigen definiert, die sich *ausserhalb des Arbeitsmarktes* befindet (Scase 1982). Dabei stellt sich vor allem die Frage, wieweit auch der *Unternehmer*, der auf der Nachfrageseite auf dem Arbeitsmarkt auftritt, unter den Begriff des Selbständigen zu subsumieren ist. Klassenkonzeptionen in der marxistischen Tradition (Wright & Perrone 1977 sowie Steinmetz & Wright 1989) gehen davon aus, dass Selbständige ("Kleinbürger") sich gerade dadurch von Unternehmern ("Kapitalisten") unterscheiden, dass sie keine Arbeitskraft anderer kaufen.

Diese Differenzierung hat auch Eingang in die schweizerische Volkszählungs-Statistik gefunden, wo unter dem Oberbegriff der "Selbständigen" zwischen "Alleinarbeitenden" (36%) und "Arbeitgebern" (64%) unterschieden wird. Weitergehende arbeitsmarktbezogene Differenzierungen von Selbständigen sind in der Literatur aufgrund der Zahl der neben dem Selbständigen mitarbeitenden Arbeitnehmer und aufgrund der Art der Arbeitsteilung zwischen ihnen vorgeschlagen worden (Scase & Gofee 1980, zit. nach Farago 1990). Lalive d'Epinay (1991, 60) zeigt, dass der Anteil der selbständig Erwerbenden in der *Schweiz* seit Beginn des Jahrhunderts deutlich zurückgegangen ist, dass dieser Rückgang aber zwischen 1970 und 1980 (auch in Bezug auf den relativen Anteil!) gestoppt wird. Neueste Ausgaben zu den bei den AHV-Kassen registrierten Selbständigen deuten auf eine deutliche Zunahme der selbständig Erwerbenden hin.
Diese Zahlen zeigen, dass vor allem nach 1984 die Zahl der Selbständigen, aber auch die Zahl der "nur Arbeitgeber" deutlich ansteigen. Zwar steigt in der gleichen Zeitperiode auch die Zahl der Arbeitnehmer an, auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, dass die Angaben zu den Selbständigen auch die selbständigen Landwirte enthalten, deren Zahl deutlich abnimmt.

Bögenhold (1991, 227) hat die Entwicklung der Quote der Selbständigen in verschiedenen europäischen Ländern untersucht. Er findet vor allem für Italien (ab 1974) und für Grossbritannien (ab 1980) einen deutlichen Anstieg der Selbständigenquote. Generell kann festgestellt werden, dass die *Selbständigenquote parallel mit steigender Arbeitslosigkeit zunimmt.* Dies lässt auch für die Schweiz auf dem Hintergrund der gegenwärtigen sehr hohen Arbeitslosigkeit eine in Zukunft noch verstärkte Zunahme der selbständigen

Bei den Ausgleichskassen registrierte Selbständige und Arbeitgeber (Tabelle 1)
Quelle: interne Statistiken des Bundesamtes für Sozialversicherung; inkl. Landwirte

Jahr	Selbständige	Arbeitgeber; zugleich selbständig	nur Arbeitgeber
1980	312'864	137'110	159'570
1981	317'995	138'379	166'048
1982	319'912	140'683	168'132
1983	318'210	138'930	173'708
1984	317'281	137'535	176'402
1985	327'837	138'464	173'569
1986	332'637	138'464	177'548
1987	338'129	142'917	179'751
1988	343'265	144'895	184'247
1989	347'930	145'184	191'161
1990	353'343	144'618	197'442
1991	357'242	143'589	203'932

Erwerbstätigkeit erwarten. "Neue" Formen der selbständigen Erwerbstätigkeit in "modernen" Branchen dürften die Gründe für den Anstieg der Selbständigenzahl sein. So beträgt nach Volkszählungsdaten bereits 1980 der Anteil der Selbständigen bei den "Psychologen" 31.6%, bei "Redaktoren/Journalisten" 17,5% und bei "Wirtschaftswissenschaftern/Marktforschern" 12,3%(3).

Eine Analyse der Selbständigen in der modernen Klassenstruktur hat meines Erachtens von zwei grundlegenden Differenzierungen auszugehen. Auf der einen Seite sind *"neue" Formen der selbständigen Erwerbstätigkeit* aufgrund verschiedener Kriterien von den traditionellen Formen zu unterscheiden. Eine solche Differenzierung kann beispielsweise von der Branche ("neue" Dienstleistungsangebote) oder vom Kriterium des hochqaulifizierten Expertenwissens ausgehen (Bögenhold 1987, 23ff.).

Ebenso wichtig ist es aber, verschiedene Gruppen von Selbständigen nach Massgabe ihres *Wohlstandsniveaus* zu unterscheiden. Tabelle 2 zeigt die extremen Einkommensunterschiede unter den Selbständigen ausserhalb der Landwirtschaft, die deutlich über denjenigen innerhalb der Arbeitnehmerschaft liegen. Es zeigt sich also beispielsweise, dass 1980 50.5% des gesamten Einkommens der Selbständigen den reichsten 20% zugefallen sind. Und dieser Anteil hat sich zwischen 1980 und 1984 sogar auf 51.5% erhöht.

Die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen innerhalb der Selbständigen sowie eine schlechtere Abdeckung sozialer Risiken führen dazu, dass diese unter der "Armutsbevölkerung" in überdurchschnittlichem Masse vertreten sind. Mäder & Neff (1988, 117) haben aufgeschlüsselt, dass Selbständige 16.0% der Erwerbsbevölkerung ausmachen, unter der Armutsbevölkerung aber mit 24.5% vertreten sind.

Einkommensungleichheit innerhalb von Selbständigen und Arbeitnehmern in der Schweiz (Tabelle 2)
Quelle: Bundesamt für Sozialversicherung 1988, 1990; eigene Berechnungen.

Jahr / Ungleichheitsmass	Arbeitnehmer	Selbständige Landwirte	Nichtlandwirte
1980			
N			
Einkommensanteil der..	3'113'006	39'456	134'093
-reichsten 1%	4.9%	3.6%	8.4%
-reichsten 20%	42.6%	34.7%	50.5%
1984			
N			
Einkommensanteil der	3'447'332	37'421	145'970
-reichsten 1%	5.4%	4.3%	9.0%
-reichsten 20%	42.6%	38.2%	51.5%

Ebenso ist festzuhalten, dass der Frauenanteil unter den Selbständigen insgesamt ähnlich gering ist wie unter den Vorgesetztenfunktionen. Sowohl die Volkszählung 1980 (Bundesamt für Statistik 1985, 37) als auch die neueste Erhebung des Bundesamtes für Statistik ("Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 1991") deuten darauf hin, dass die Quote der Selbständigen bei den Frauen etwa halb so gross ist wie bei den Männern.

Die soziale Wahrnehmung der Selbständigen

In der soziologischen und politologischen Literatur der 50er und 60er Jahre hat man sich relativ ausführlich mit der Frage der strukturellen Verortung von Wahrnehmungs- und Einstellungsmustern beschäftigt (vgl. Hischier & Zwicky 1989, Zwicky 1988). Dabei gilt der Mittelstand – und mit ihm die sogenannten "kleineren und mittleren Selbständigen" – als struktureller Hintergrund für politischen Konservativismus und Autoritarismus.

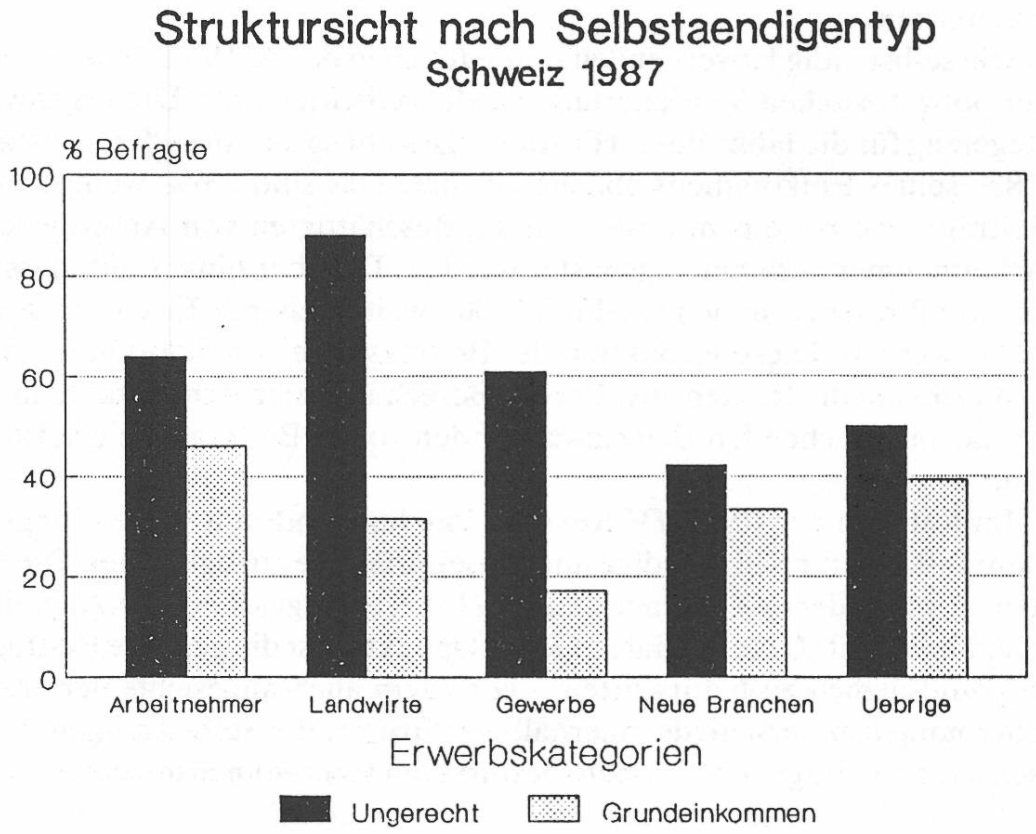
In der neueren soziologischen Diskussion wird – unter verschiedenen Begriffen – das Phänomen des Autoritarismus wieder aufgegriffen. Keller (1991, 275) versteht unter *"autoritärem Populismus"* ein "Mentalitäts- und Verhaltensmuster, das durch repressive und xenophobe Elemente charakterisiert ist, die sich mit Bestandteilen politischer und gesellschaftlicher Entfremdung verbinden". Für Kudera (1988, 253/54) ist der Begriff der *"Kleinbürgerlichkeit"* als Mentalitätskategorie gekennzeichnet durch (a) eine Selbstverortung in der gesellschaftlichen Mitte, (b) eine unkritische Bejahung des Bestehenden in "normalen" Zeiten, (c) eine Hypostasierung des Ganzen gegenüber den Interessen von einzelnen Gruppen, (d) eine hohe Bewertung einer "anständigen" Lebensführung, (e) eine hohe Arbeitsmoral und Familienzentriertheit sowie (f) ein Sicherheits- und Statusstreben.

Für beide "Mentalitätsmuster" wird nach wie vor eine *"soziostrukturelle*

Verankerung" einerseits bei den "kleinen und mittleren Selbständigen", andererseits bei "unteren und mittleren Beamten und Angestellten" angenommen. Lipset (1983) grenzt die Verankerung des Nationalsozialismus sogar auf die Interessenlage der Kleineigentümer ein. Leider sind den empirischen Analysen von Keller (1991) und Kudera (1991) keine klaren Hinweise darauf zu entnehmen, ob Selbständige tatsächlich in einem überdurchschnittlichen Masse "kleinbürgerliche" bzw. "autoritär-populistische" Einstellungen aufweisen. Die Untersuchung dieser Einstellungsmuster hat aufgrund der Ergebnisse der Eidgenössischen Wahlen 1991 insofern eine besondere Aktualität erhalten, als die Gewinner bei diesen Wahlen (Auto-Partei, Lega dei Ticinesi) entsprechende Standpunkte und Meinungen vertreten (vgl. auch Kriesi 1992).

Schliesslich stellt sich die Frage, ob sich allfällige Wahrnehmungsunterschiede zwischen Selbständigen und Unselbständigen *im Zeitverlauf geändert* haben. Nach Bögenhold (1991) ist zu erwarten, dass die Unterschiede sich eher abgeschwächt haben: "In der soziologischen Substanz ist das beobachtete 'Neue' ein kulturelles Phänomen: War das Unternehmertum früher weitestgehend schwarz, so ist es heute an manchen Stellen etwas grün-rot 'durchsprenkelt'. (Bögenhold 1991, 233).

Auch auf der realpolitischen Ebene wird in zunehmendem Masse die Ansicht vertreten, dass selbständige Erwerbstätigkeit soziale Verantwortung und sozialpolitische Aufgeschlossenheit nicht ausschliesst (Ogier 1991). In einer repräsentativen Befragung der schweizerischen Bevölkerung aus dem Jahre 1987 (vgl. Hischier & Zwicky 1989) wurde die Frage der Einstellungsmuster untersucht.



Figur 1 zeigt, dass sich verschiedene Untergruppen auch bezüglich sozialpolitischer Einstellungsmuster deutlich unterscheiden. Die bestehende *Einkommensverteilung* wird vor allem von traditionellen Selbständigen (Landwirte und Gewerbe) als *ungerecht* empfunden. Demgegenüber wird eine Neuorientierung der Sozialpolitik in Form eines garantierten Mindesteinkommen (Grundeinkommens) von diesen Untergruppen in geringerem Masse befürwortet.

In bezug auf die soziale Wahrnehmung der "neuen" Selbständigen heisst dies, dass sie offensichtlich ein wenig kritisches Bild von der bestehenden Einkommensverteilung haben, sozialpolitischen Neuerungen gegenüber aber grundsätzlich relativ aufgeschlossen sind. Sicher wirft dieses Ergebnis die Frage auf, ob die von den "neuen" Selbständigen anvisierte Neuorientierung der Sozialpolitik nicht letzlich auf eine Entsolidarisierung nach neoliberalem Muster hinausläuft.

Diese Ergebnisse bestätigen die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung der Selbständigen auch auf der ideologischen Ebene. Als wesentliche Bestimmungsfaktoren der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit erweist sich auch bei den Selbständigen das *strukturelle Interesse*: So werden beispielsweise sozialpolitische Neuerungen von den Teilen der Selbständigen befürwortet, die von ihnen profitieren.

Soziale Sicherung der Selbständigen

Für die (relativ vielen) Selbständigen in prekären Verhältnissen ist die beschränkte soziale Sicherung ein zentrales Problem. Dabei ist von der aktuellen Situation der Selbständigen in der schweizerischen Sozialversicherung auszugehen.

Die selbständig Erwerbenden unterstehen in der AHV (1. Säule) genauso der obligatorischen Versicherung wie die Arbeitnehmer. Die gegenwärtige Regelung für die Höhe der AHV-Beiträge sieht so aus, dass der Selbständige 7.8% seines Einkommens abzuliefern hat. Das sind 0.6% weniger als die Beiträge, die bei einem unselbständig Beschäftigten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen geleistet werden. Darüber hinaus gilt, dass unter einem Jahreseinkommen von Fr. 38'400.- weitergehende Ermässigungen gewährt werden. Diese Reduktion der Beitragssätze von Selbständigen wirkt sich nicht auf die Renten aus: Bei der Berechnung der Renten tut man so, als ob die entsprechenden Beitragszahler den vollen Beitragssatz geleistet hätten.

Im Rahmen der *10. AHV-Revision* hat der Bundesrat vorgeschlagen, die Beitragssätze für Selbständige und Unselbständige anzugleichen. Die Mehrheit des Ständerates hat am 21.3.1991 diese vorgeschlagene Angleichung aber abgelehnt. Unter sozialen Gesichtspunkten ist die gestufte Beitragsskala grundsätzlich zu befürworten – vor allem auch angesichts der enormen Einkommensunterschiede innerhalb der Gruppe der Selbständigen. Es stellt sich aber die Frage, ob ab einem bestimmten Einkommensniveau (beispiels-

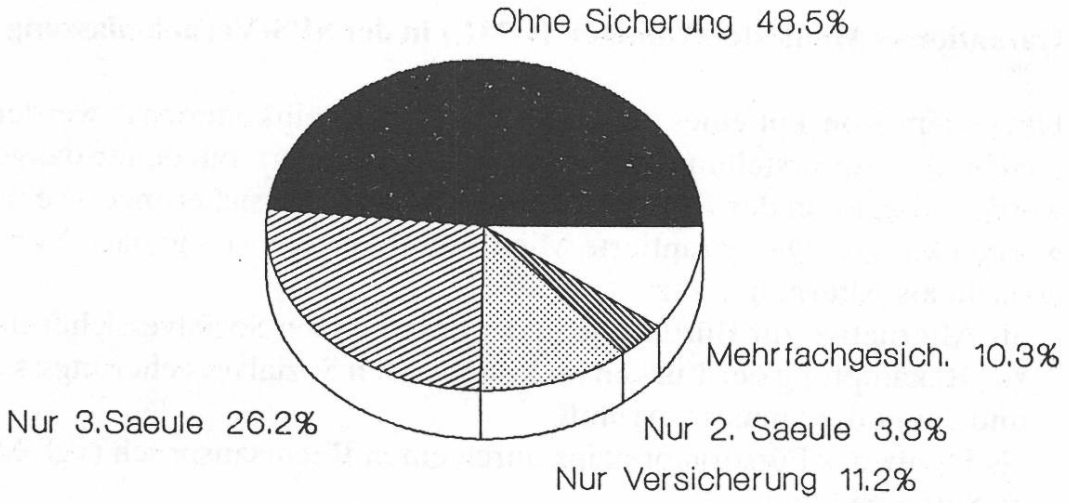
weise Fr. 60'000.-) Selbständige nicht doch den gleichen Beitragssatz wie die Unselbständigen erreichen sollten.

Im Gegensatz zur 1. Säule der Altersvorsorge unterstehen die Selbständigen im BVG nicht dem Versicherungsobligatorium wie die Arbeitnehmer. Es muss ihnen aber eine freiwillige Versicherung zu gleichen Bedingungen wie die den Arbeitnehmern ermöglicht werden. Auch in der 2. Säule der Altersvorsorge werden beispielsweise selbständige Landwirte genau gleich behandelt wie die übrigen Selbständigen.

In bezug auf die berufliche Vorsorge sind die Selbständigen bewusst nicht einer obligatorischen Versicherung unterstellt worden. Man geht davon aus, dass sie ihren Lebensstandard entweder als freiwillig Versicherte im BVG oder im Rahmen der 3. Säule absichern. Wieweit sie das tatsächlich tun, ist allerdings nicht bekannt, soll aber im Rahmen der in diesem Projekt geplanten Analyse von Steuerdaten empirisch bestimmt werden. Es kann aber vermutet werden, dass gerade die Selbständigen in ausgeprägten Risikosituationen (Neuaufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit, geringes Einkommen) in unterdurchschnittlichem Mass über eine freiwillige Altersvorsorge verfügen.

Diese Vermutung bestätigt sich in Figur 2 anhand erster Auswertungen von Steuerdaten zu Selbständigen im Kanton Waadt. Rund 50% der Selbständigen – und vor allem Selbständige mit relativ geringem Einkommen – verfügen über keinerlei über die AHV hinausgehende soziale Sicherung.

Soziale Sicherung der Selbstaendigen
Kanton Waadt 1988



Die Arbeitslosenversicherung deckt – seit 1976 – das Erwerbsausfallrisiko bei Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Schlechtwetter für alle Arbeitnehmer. Selbständige sind in der Arbeitslosenversicherung – auch als freiwillig Versicherte – nicht vorgesehen, obwohl der entsprechende Verfassungsartikel (Art. 34) auf diese Möglichkeit hinweist: "Der Bund sorgt dafür, dass Selbständigerwerbende sich unter bestimmten Voraussetzungen versichern können" (Stauffer 1984 oder Bandi 1982, 150).

Die soziale Sicherung von selbständig und unselbständig Erwerbenden in der Schweiz im Überblick (Tabelle 3).

	Unselbständige	Selbständige
1. Säule der Altervorsorge; Invalidenversicherung	obligatorisch	obligatorisch; reduzierte Beitragssätze
2. Säule der Altervorsorge	obligatorisch	freiwillig
3. Säule der Altersvorsorge	freiwillig	freiwillig
Arbeitslosenversicherung	obligatorisch	nicht vorgesehen
Unfallversicherung	obligatorisch	freiwillig
Krankenversicherung	je nach Kanton	je nach Kanton
Familien- und Kinderzulagen	je nach Kanton (Ausnahme Landwirtschaft)	je nach Kanton (Ausnahme Landwirtschaft)

Es ist darauf hinzuweisen, dass die in Tabelle 3 beschriebene Versicherungslage sich von verschiedenen anderen westeuropäischen Staaten sehr stark unterscheidet. Vergleiche vor allem mit Frankreich zeigen sodann, dass es durchaus möglich ist, Pflichtversicherungen für die Selbständigen einzuführen, wobei in Frankreich allerdings eine Beschränkung der Versicherungssolidarität auf einzelne Berufsgruppen stattgefunden hat.

Garantiertes Mindesteinkommen (GME) in der SPS-Vernehmlassung

Unter dem Konzept eines "garantierten Mindesteinkommens" werden unterschiedliche Vorstellungen und Strategien diskutiert, mit denen das gegenwärtige Malaise in der Fürsorge und in den Sozialversicherungen bekämpft werden könnte. Das garantierte Mindesteinkommen ist – je nach Version – gedacht als Alternative zur:

- als Alternative zur Bürokratie in der bestehenden Sozialversicherung,
- zur Bekämpfung der Lücken im bestehenden Sozialversicherungsssystem und damit der "neuen" Armut,
- als Ersatz des Fürsorgeprinzips durch einen Rechtsanspruch (vgl. Mäder & Neff 1988) und
- zur Reduktion der Abhängigkeit der Sozialversicherungsansprüchen von der Arbeitsleistung.

Das Konzept des garantierten Mindesteinkommens ist aber auch verbunden mit der *Vision* eines *Gesellschaftsvertrags,* in dem eine Entkoppelung von

Lohnarbeit und Einkommen stattfindet, wobei der Mensch seine Arbeitstätigkeit frei und ohne Subsistenzzwang wählen kann. Lalive d'Epinay (1991, 173ff.) unterscheidet zwischen zwei grundsätzlichen Varianten des Konzeptes eines Grundeinkommens. Die erste Variante ist ein Basiseinkommen, eine Bürgerrente, bei der jede(r) unabhängig von seiner finanziellen Situation Anspruch auf eine *"Sozialdividende"* hat. Auf der anderen Seite geht es nach Lalive d'Epinay um die Konzeption eines *"garantierten Mindesteinkommens"*, nach der jeder Bürger und jede Bürgerin ein Anrecht auf ein minimales Einkommen unabhängig von der Einkommensquelle hat. Wenn also das Erwerbseinkommen nicht ausreicht, dieses Minimaleinkommen zu erreichen, springt der Staat ein und übernimmt die Differenz. Auf der Basis dieser zweiten Variante geht das sogenannte Grundsicherungsmodell der deutschen Grünen (vgl. Opielka & Zander 1988) von einem gesicherten Freibetrag aus, auf den jede Bürgerin und Bürger ein Anrecht hat, von dem aber die erzielten Erwerbseinkünfte voll abgezogen werden.

Ein anderes Modell ist jenes der *negativen Einkommenssteuer* (vgl. Weber 1991). Dieses Modell unterscheidet sich vom oben skizzierten Modell der deutschen Grünen vor allem dadurch, dass im Sinne eines Anreizes zur Erwerbstätigkeit nur ein (variabler) Teil des Erwerbseinkommens vom Freibetrag abgezogen wird. Dadurch bedeutet jedes zusätzliche Erwerbseinkommen auch eine gewisse Erhöhung des Gesamteinkommens (Total aus Grundsicherungsanspruch und Erwerbseinkommen). Ein zweiter wichtiger Unterschied besteht darin, dass bei der negativen Einkommenssteuer keine separate Berechnung des Grundsicherungsanspruchs stattfindet, sondern dass dies im Rahmen des Besteuerungsverfahrens geschieht. Dadurch wird eine Stigmatisierung von Grundsicherungsberechtigten zum vornherein verhindert.

Eine andere Variante, die in Frankreich realisiert worden ist, besteht darin, dass staatliche Sozialleistungen nicht bedingungslos ausgezahlt werden, sondern an bestimmte Forderungen geknüpft werden (vgl. Gorz 1983). Dadurch wird aber die oben erwähnte Wahlfreiheit wieder eingeschränkt. "Mit Wirkung vom 15. Dezember 1988 ist als neuer Typ von Sozialleistung das Mindesteinkommen zur Wiedereingliederung (revenu minimum d'insertion, R.M.I.) eingeführt worden. Nunmehr hat jedermann, der aufgrund seines Alters, seines körperlichen oder geistigen Zustandes oder aufgrund seiner wirtschaftlichen und beruflichen Lage ausserstande ist zu arbeiten, einen Rechtsanspruch auf ein Mindesteinkommen, welches in spezifischer Weise mit der Teilnahme an einer beruflichen oder sozialen (Wieder-) Eingliederungsmassnahme verknüpft ist. Der Anspruchsteller muss allerdings älter als 25 Jahre sein oder ein Kind aufziehen." (Weber 1991, 70).

In der Schweiz läuft gegenwärtig innerhalb der *SP* eine parteiinterne *Vernehmlassung* zum Konzept eines garantierten Mindesteinkommens. Die sozialpolitische Kommission der SP (1991) befürwortet dabei eine stark realpolitisch geprägte Variante einer verbesserten Grundsicherung, in der in einem Katalog zusätzliche Personenkategorien (beispielsweise arbeitslose Ausbildungsabgänger, alleinerziehende Eltern, ausgesteuerte Arbeitslose)

aufgelistet werden sollen, die ein Anrecht auf ein Minimaleinkommen haben. Diese Katalogvariante ist dadurch gekennzeichnet, dass sie die bestehenden Sozialversicherungssysteme nicht ersetzen, sondern lediglich ergänzen will.

Hauptargumentation für die Katalogvariante ist dabei, dass man das im Rahmen der bestehenden Sozialversicherungen Erreichte nicht durch eine radikale Neuorientierung aufs Spiel setzen möchte. Dabei vergisst man, dass eine solche Katalogvariante eben doch sehr stark von der traditionellen Vorstellung geprägt ist, dass es nur eine beschränkte Zahl von der gesellschaftlichen Mehrheit anerkannter Lebenssituationen gibt, die zum Bezug eines Grundeinkommens berechtigen. Diese "realpolitische" Version geht meines Erachtens zweier wesentlicher Vorteile eines garantierten Mindesteinkommens verlustig, die die Realisierungschancen verbessern positiv beeinflussen würden: dass nämlich administrative Abläufe vereinfacht und zusammengelegt werden könnten und dass Stigmatisierungsprozessen die strukturelle Basis entzogen würde.

Die Hauptauswirkung eines gesicherten Grundeinkommens – und ich spreche hier wieder von mutigeren Entwürfen als der "Katalogvariante" der SPS – auf die *selbständige Erwerbstätigkeit* könnte darin bestehen, dass Sozialversicherungsleistungen vom Kriterium der Lohnarbeit losgelöst werden. Auf der anderen Seite bedeutet dies auch, dass – falls die Finanzierung nicht ausschliesslich über den Staat erfolgt – Selbständige in stärkerem Masse zu Beiträgen an dieses Sozialversicherungssystem gezwungen werden. Die Loslösung bzw. Lockerung (je nach Variante) des Anspruchs auf ein Minimaleinkommen bewirkt somit einen Abbau der strukturellen Zwänge und eine "Öffnung individueller Optionen" (Mückenberger 1990, 174) in der Arbeitswelt. Dies zeigt sich auch in den Experimenten mit der negativen Einkommenssteuer, die in den USA durchgeführt wurden (Weber 1991, 55). Vor allem aber würde der Übergang zwischen selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit erleichtert: Für Lohnabhängige würde die Alternative "selbständige Erwerbstätigkeit" zweifelsohne attraktiver.

Erste Schlussfolgerungen

Auf dem Hintergrund der vieldiskutierten "Krise des Normalarbeitsverhältnisses" (Mückenberger 1985, Mazzi 1987), der steigenden Arbeitslosenzahlen und auch angesichts neokonservativer Deregulierungsstrategien stellt sich die Frage der sozialen Sicherung unter neuen Vorzeichen. Und es gilt, auch die Selbständigen in das gewerkschaftliche Projekt der sozialen Sicherung einzubeziehen: "Es geht für Gewerkschaften auch weiterhin um das 'alte Projekt' der Organisierung von gesellschaftlicher Arbeit und sozialer Sicherung – allerdings unter gewandelten Bedingungen. Diese bringen die Notwendigkeit mit, veränderte Standards von 'Normalität' gesellschaftlichen Arbeitens zu entwickeln. Gerade aus der Perspektive von Frauen und Jugendlichen bleibt das Projekt einer neu zu entwerfenden Vollbeschäftigungspolitik attraktiv. Dies wird jedoch nur auf der Basis eines veränderten

Standards von 'normaler' Erwerbsarbeit zu entwerfen sein." (Welzmüller 1989, 403.)

Ein Einbezug der Selbständigen in die soziale Sicherung bedeutet, dass diese in einer universalistischen Weise ausgestaltet werden muss, und dass weniger Platz bleibt für Partikularismen und Ausgrenzungsprozesse. Baldwin (1990) hat in einer detaillierten sozialhistorischen Studie gezeigt, dass bereits bei der Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa der Einbezug der Selbständigen einen entscheidenden Faktor darstellte. Und ähnlich dürfte den Selbständigen eine wichtige Rolle bei der zukünftigen sozialen Sicherung im europäischen Rahmen zukommen (Tiemann 1990, Schulte 1983).

Eine zukunftsgerichtete Auseinandersetzung mit diesen Fragen darf nicht der Versuchung erliegen, Konzepte wie das garantierte Mindesteinkommen zum vornherein als neoliberale Versuche zur Unterwanderung des Sozialstaates abzuqualifizieren, sondern muss konkrete Bedingungen formulieren, unter denen die Chancen wie Autonomiegewinn und mehr Wahlfreiheit in der Arbeitswelt realisiert werden können, ohne dass das bestehende Niveau sozialer Sicherung unterlaufen wird.

Vobruba (1989) hat als eines von drei Szenarien der Zukunft von Arbeit und sozialer Sicherheit jenes der *grundgesicherten Vollbeschäftigung* skizziert, ein Szenario also, das nicht nur das oben skizzierte Problem der sozialen Sicherung der Selbständigen berücksichtigt, sondern auch eine Antwort auf die Herausforderungen struktureller Arbeitslosigkeit in modernen Industriegesellschaften gibt: "Das Szenario 'grundgesicherte Vollbeschäftigung' sieht anders aus. Hier existiert eine grosse Vielfalt an Arbeitsformen. Einerseits gibt es zahlreiche Arten abhängiger Erwerbstätigkeit, die dem (alten) Normalarbeitsverhältnis entsprechen. Und andererseits werden zahlreiche Arbeiten ausserhalb abhängiger Erwerbstätigkeit geleistet. Insofern hat dieses Szenario eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Deregulierungsszenario. Allerdings bestehen diesem gegenüber drei wesentliche Unterschiede. Erstens ist das System sozialer Sicherung dem Strukturwandel der Arbeit entsprechend umgebaut. Das bedeutet, dass die Wahl unterschiedlicher Formen abhängiger Erwerbstätigkeit nicht mit dem Risiko unzulänglicher sozialer Absicherung belastet ist. Das System sozialer Sicherung ist vielmehr so gestaltet, dass die individuelle Wahl zwischen unterschiedlichen Tätigkeiten vor dem Hintergrund gleicher sozialer Absicherung stattfinden kann." (Vobruba 1989, 219/220).

Nach Ansicht von Vobruba (1989, 218) unterscheidet sich in diesem Szenario der "grundgesicherten Vollbeschäftigung" die soziale Situation gerade der Selbständigen sehr stark von der Situation im sogenannten "Deregulierungsszenario" (ohne Grundsicherung). Dort nämlich käme es bei den "freigesetzten" Selbständigen zu sogenannten Verzichtsspiralen, zu Preisunterbietungen und ungeregelten Arbeitszeitverlängerungen.

In Zukunft geht es darum, dass sozialpolitische Anliegen nicht gegen die Selbständigen vertreten werden, sondern dass die Idee des sozialen Ausgleichs und der sozialen Gerechtigkeit geltend gemacht wird. Bei den Land-

wirten hat sich vor mehreren Jahren eine Vereinigung der kleinen und mittleren Bauern gebildet. Wann wird eine analoge Vereinigung der kleinen und mittleren Selbständigen ausserhalb der Landwirtschaft gegründet? Genauso wie es meines Erachtens heute nicht darum geht, den Bauernstand völlig einem "Strukturwandel" auszuliefern, sondern innerhalb der Bauernschaft eine Umverteilung von Gross- zu Kleinbauern zu bewirken, ist auch bei den Selbständigen ausserhalb der Landwirtschaft vor allem eine gerechtere Verteilung von materieller Sicherheit und existientellen Risiken anzustreben. Eine solche Strategie erhöht auch die Durchlässigkeit zwischen abhängigen und selbständigen Formen der Erwerbstätigkeit. Dadurch regt sie generell "...zur Neugestaltung und Umgestaltung der Arbeitsstellen.. an .., um sie attraktiver zu machen; es (das Szenario, H.Z.) fördert auch den Unternehmensgeist und die Eigeninitiative, indem es zum Beispiel den, der sich anschickt, das Abenteuer der Gründung eines kleinen Betriebs zu unternehmen, von der Sorge sofortiger Rentabilität befreit." (Lalive d'Epinay 1991, 179).

Anmerkungen

1. Das Projekt "Die 'neuen' Selbständigen im schweizerischen Sozialversicherungssystem" ist Teil des Nationalen Forschungsprogramms Nr. 29 mit dem Titel "Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit". Das Projekt soll im Frühling 1993 mit einer Buchpublikation abgeschlossen werden.
2. Neuere soziologische Arbeiten können auf zu Beginn des Jahrhunderts von W. Sombart, T. Geiger oder C.W. Mills formulierte Ansätze zurückgreifen, die auf die besondere "Klassenlage" der Selbständigen hingewiesen haben. So hat beispielsweise C.W. Mills für die ökonomisch benachteiligten Selbständigen den Begriff der "Lumpenbourgeoisie" verwendet. Im deutschen Sprachraum hat sich vor allem Dieter Bögenhold in den letzten Jahren in einer Vielzahl von Publikationen (1985, 1987, 1989) mit der Lage der Selbständigen in der modernen Gesellschaft auseinandergesetzt (zusätzlich: Hagelstange 1988). Ein weiterer interessanter aktueller Diskussionsstrang, auf den im Rahmen dieses Beitrags leider nicht eingegangen werden kann, betrifft das Verhältnis von selbständiger Erwerbstätigkeit und freiwilligen (nicht als "Erwerbstätigkeit" definierten) Tätigkeiten bzw. unbezahlter Hausarbeit (vgl. dazu Mäder 1987 sowie Collins & Gimenez 1991).
3. Die entsprechenden Daten aus der Volkszählung 1990 sind leider gegenwärtig noch nicht verfügbar, sie werden aber im Rahmen meines Projektes auch noch aufgearbeitet werden – vor allem auch unter dem Aspekt der Veränderungen zwischen 1980 und 1990.

Literatur

Baldwin, Peter, 1990: The Politics of Social Solidarity. Class bases of the European Welfare State, Cambridge University Press.

Bandi, Till, 1982: Soziale Sicherung in der Schweiz. Institutionelle Grundlagen – vorlkswirtschaftliche Probleme, Rüegger, Diessenhofen.

Bögenhold, Dieter, 1985: Die Selbständigen. Zur Soziologie dezentraler Produktion, Campus, Frankfurt a.M.

Bögenhold, Dieter, 1987: Der Gründerboom. Realität und Mythos der neuen Selbständigkeit. Campus, Frankfurt.

Bögenhold, Dieter, 1989: Deproletarisierung: Die Arbeitslosen als Reservearmee des Unternehmertums? PROKLA,77, Arbeitslosigkeit, 75-91.

Bögenhold, Dieter, 1991: "Alternative" Wirtschaft oder Atoll des Kleinunternehmertums? Rückblick auf ein soziologisches Konstrukt, Zeitschrift für Soziologie, 20, 223-36.

Bundesamt für Sozialversicherung, 1988: Statistik der AHV-Einkommen 1983/85, Bern.
Bundesamt für Sozialversicherung, 1990: Statistik der AHV-Einkommen 1987, Bern.
Bundesamt für Statistik, 1981: Sozialindikatoren für die Schweiz, Bd. 4: Arbeitsbedingungen, Bern.
Bundesamt für Statistik, 1985: Eidgenössische Volkszählung 1980, Band 9, Erwerbstätitkeit, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 709.
Collins, Jane L. & Gimenez Martha, 1991; Work without wage: domestic labor and self-employment within capitalism, State University of New York Press, Albany, New York.
Farago, Peter, 1990: Projektskizze für eine Studie über die Bedeutung und den beruflichen Werdegang von Selbständigen in der Schweiz, IPSO Sozial- und Umfrageforschung, Zürich.
Gorz, Andre, 1983: Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit, Berlin.
Hagelstange, Thomas, 1988: Niedergang oder Renaissance der Selbständigen? Zeitschrift für Soziologie 17,2.
Hischier, Guido & Zwicky, Heinrich, 1989: Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit in der Schweiz, WIDERSPRUCH Heft 17, Zürich.
Hörning, Karl H., 1971: Der 'neue' Arbeiter. Zum Wandel sozialer Schichtstrukturen, Fischer, Frankfurt a.M.
Keller, Felix, 1991: Autoritärer Populismus und soziale Lage, S.274-303 in: Bornschier, Volker (ed.), Das Ende der sozialen Schichtung? Seismo, Zürich.
Kriesi, Hanspeter, 1992: Die neue populistische Welle, TAM 12:S.43.
Kudera, Sabine, 1988: Politische Kleinbürgerlichkeit. Ein empirischer Beitrag zur Analyse politischen Bewusstseins in der Bundesrepublik Deutschland, Zeitschrift für Soziologie 17, 4: 249-63.
Lalive d'Epinay, Christian, 1991: Die Schweizer und ihre Arbeit. Verlag der Fachvereine, Zürich.
Lipset, Seymour Martin, 1983: Radicalism or Reformism: The sources of working class politics, American Political Science Review 77, 1-18.
Mäder, Ueli, 1987: Selbsthilfe: Neue Subsidiarität kontra Sozialstaat? WIDERSPRUCH Heft 14, Zürich.
Mäder, Anne & Neff, Ursula, 1988: Vom Bittgang zum Recht. Zur Garantie des sozialen Existenzminimums in der schweizerischen Fürsorge. Haupt, Bern.
Mazzi, Rosanna, 1987: La precarisation de l'emploi, Lausanne, Réalités Sociales.
Mills, C.W., 1953: White Collar, New York.
Mückenberger, Ulrich, 1985: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses, Zeitschrift für Sozialreform, Hefte 7 & 8, S. 415ff.
Ogier, Willy, 1991: "Soziales Unternehmertum ist möglich", Ostschweizer AZ.
Opielka, Michael & Zander, Margherita, 1988: Freiheit von Armut. Das grüne Grundsicherungsmodell in der Diskussion. Klartext, Essen.
Scase, Richard, 1982: The petty borgeosie and modern capitalism: a consideration of recent theories, S. 148f., in: Giddens, Anthony & Mackenzie, Gavin (eds.): Social Class and the Division of Labour, Cambridge Univerisity Press.
Schulte, Bernd, 1991: Das Recht auf ein Mindesteinkommen in der Europäischen Gemeinschaft – Nationaler Status quo und supranationale Initiativen, Sozialer Fortschritt 12: 7-23.
Steinmetz, G. & Wright, E.O., 1989: The Fall and Rise of the Petty Bourgeoisie: Changing Patterns of Self-Employment in the United States, American Journal of Sociology 94:973-1018.
Vobruba, Georg, 1989: Arbeit und Essen. Politik an den Grenzen des Arbeitsmarktes, Passagen, Wien.
SPS, 1991: Garantiertes Mindesteinkommen. Schlussbericht der Arbeitsgruppe der sozialpolitischen Kommission der SPS, Bern, September 1991.
Stauffer, Hans-Ulrich, 1984: Arbeitslosenversicherung, Zürich.
Tiemann, Susanne, 1990: Soziale Sicherung von Selbständigen in Deutschland – Entwicklungsperspektiven durch den EG-Binnenmarkt, S.184f., in: Schmähl, Winfried (Hrsg.): Soziale Sicherung im EG Binnenmarkt, Nomos, Baden-Baden.

Waine, Barbara, 1991: The Rhetoric of Independence. The Ideology and Practice of social policy in Thatcher's Britain, Berg, New York.

Weber, Axel, Leienbach, Volker & Dohle, Anne 1991: Soziale Sicherung in Europa. Nomos, Baden-Baden.

Weber, Rene, 1991: Existenzsicherung ohne Fürsorge? Die negative Einkommenssteuer in Theorie und Praxis, Bern, Haupt.

Weizmüller, Rudolf, 1989: Solidarität und Individualisierung – Handlungsspielräume und veränderte Handlungskonzepte der Gewerkschaften in der "Risikogesellschaft", S.402-403 in: Hoffmann-Nowotny, H.J. (ed.), Kultur und Gesellschaft, Seismo, Zürich.

Wright, Erik. O. & Perrone, Luca, 1977: Marxist class categories and income inequality, American Sociological Review 42:32-55.

Zwicky, Heinrich, 1991: Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit zwischen Ideologisierung und makrosozialer Latenz, S. 304-22 in: Bornschier, Volker (ed.), Das Ende der sozialen Schichtung, Seismo, Zürich.

10mal pro Jahr befasst sich

INTEGRO

– das Gesundheits- und Sozialmagazin des VPOD – mit Fragen rund um die Gesundheits- und Sozialpolitik. Wer sich über die soziale Frage weiterhin auf dem laufenden halten will, der

abonniere jetzt!

Das Abo kostet nur 30 Franken im Jahr
(VPOD-Mitglieder 25 Franken).
Bestellen bei:
INTEGRO
Postfach, 8030 Zürich
Telefon 01 251 99 35